

KONFLIKTUELLE KOLLABORATION –

DIE KOALITION DER FREIEN SZENE IM FÜNFTEN JAHR.

Friederike Landau

KONTEXTUALISIERUNG.

Die folgende Einleitung bietet eine Kontextualisierung des kulturpolitischen Feldes, in und aus welchem sich die spartenübergreifende *Koalition der Freien Szene (Koalition)* im Frühjahr 2012 bildete. Als analytischer Ausschnitt meiner Dissertation¹ soll dieser Überblick anlässlich der Neuauflage des politischen Forderungskatalogs der *Koalition*, dem sogenannten *Elf-Punkte-Programm*², einen Einblick in die Struktur und Position der *Koalition* innerhalb des kulturpolitischen Gefüges Berlins geben und einige durch die Gruppe hervorgerufenen Veränderungen skizzenhaft nachzeichnen.

POLITISIERUNG UND KOLLEKTIVIERUNG.

Um das kulturpolitische Feld Berlins, aus und in welchem die *Koalition der Freien Szene* sich formiert hat, überblickend abzustecken, sollen zwei sich verstärkende Tendenzen kurz näher beleuchtet werden: In den vergangenen Jahren³ lassen sich einerseits Ausformungen einer Politisierung und andererseits einer Kollektivierungsbewegung im Berliner Kunstfeld beobachten. Als Ausdruck einer zunehmenden politischen Artikulation von Berliner Künstler*innen und Kulturschaffenden ist beispielsweise der *Offene Brief*⁴ (2011) der aktivistischen Gruppe *Haben und Brauchen* zu nennen, welcher die Intransparenz und Marktorientierung einer vom damaligen Bürgermeister und Kultursenator Klaus Wowereit geplanten *Leistungsschau junger Kunst aus Berlin* kritisierte. In diesem Kontext erhoben sich Künstler*innen und Kulturschaffende unterschiedlichster künstlerischer Sparten und Praktiken ausdrücklich gegen einen ökonomisierten und instrumentalisierten Begriff von Kulturproduktion für Zwecke des Stadtmarketings und urbaner Aufwertungsstrategien. Stattdessen forderten die etwa 2.000 Unterzeichner*innen einen zugänglichen und öffentlichen Dialog mit den Kulturschaffenden der Stadt, um über nachhaltige Lebens- und Produktionsformen eben jener kulturellen Produzent*innen zu diskutieren. Nach dem *Offenen Brief* schlug sich die weitreichende Kritik Berliner Kulturschaffender im *Haben und Brauchen Manifest* (2012) nieder, welches bis heute einen diskursiven Kontrapunkt zur teils eher leistungs-, institutionen- oder besucher*innenorientierten Berliner Kulturpolitik bildet. Nimmt man die Aktivitäten um *Haben und Brauchen* als Kritik oder Abwehr eines kreativwirtschaftsorientierten Ansatz von Kulturpolitik im Ansinnen des Wirtschaftsgeographen Richard Floridas⁵ und seiner 'Theorie' der Kreativen Stadt wahr, welche die 'Ressource' Kreativität für (neoliberale) Stadtentwicklungspolitik fruchtbar machen will, wird deutlich, dass es den Berliner Künstler*innen ein politisches Anliegen ist, die Kreative Stadt Berlin selbst (mit) zu erzählen und

¹ Mehr Informationen zu meinem Forschungsprojekt hier: http://www.kwhistu.tu-berlin.de/fachgebiet_neuere_geschichte/menue/dfg_graduate_research_program_2012_2018/berlin_fello_ws_2015_2018/landau_friederike/

² Koalition der Freien Szene (2017), "Nichts ist erledigt: 11 Punkte für eine neue Förderpolitik", <http://www.berlinvisit.org/forderungen-zahlen-2/>

³ Diese Aussage stützt sich vorrangig auf den Beobachtungszeitraum der Untersuchung meiner Dissertation und stellt keine allgemeingültige Einschätzung oder Bewertung des Grads der politischen Organisation Berliner Künstler*innen im Vergleich zu anderen historischen Kontexten der Stadt dar.

⁴ Haben und Brauchen (2011), "Der Offene Brief": www.habenundbrauchen.de/category/haben-und-brauchen/1-open-letter/

⁵ Florida, Richard (2002), "The Rise of the Creative Class." New York: Basic Books.

(mit) zu produzieren. In dieser kulturpolitischen Ausgangssituation organisierten sich in jüngerer Vergangenheit verschiedene Gruppierungen wie das *Netzwerk freier Berliner Projekträume und -initiativen* (*2009), die *Interessengemeinschaft (IG) Jazz* (*2012), die *Allianz bedrohter Berliner Atelierhäuser* (*2014) oder das *Netzwerk freie Literaturszene Berlin e.V.* (*2016). Diese Ansätze der Vergemeinschaftung greifen auf unterschiedliche Rechtsformen, Mitgliedschaftsstrukturen und Elemente partizipativer Demokratie und (demokratischer) Entscheidungsfindung zurück. Über diese oft sparten- oder produktionsspezifischen Ansätze hinaus kristallisierte sich im Frühjahr 2012 die *Koalition der Freien Szene (Koalition)* als eine umfassende spartenübergreifende Form der Selbstorganisation unter Berliner Künstler*innen, Kulturschaffenden und Kulturorganisator*innen heraus, die im Folgenden näher beleuchtet werden soll.

DIE KOALITION DER FREIEN SZENE – EINE NEUE FORM DES POLITISCHEN?

Ihrer Selbstbeschreibung als spartenübergreifende und offene Aktionsplattform folgend, formierte sich die *Koalition der Freien Szene* als ein loser Zusammenschluss bereits bestehender spartenspezifischer Interessensverbände und Organisationen sowie neu auf dem Plan getretene Individuen und Künstler*innen. Diese erstmalig spartenübergreifende Organisation der Freien Szene⁶, aggregiert nicht nur deren Anliegen, sondern stellte auch neue spartenübergreifende kulturpolitische Forderungen auf: Die zehn markantesten Forderungen wurden 2012 als *Zehn-Punkte-Plan*⁷ veröffentlicht und rangieren zwischen konkret förderpolitischen Forderungen nach Honoraruntergrenzen und Ausstellungshonoraren hin zu übergreifenden Themen wie einer kulturbegünstigenden Liegenschaftspolitik oder Solidarität und Transparenz in finanziell geförderten Kultureinrichtungen. Zudem forderte die *Koalition der Freien Szene* die Verwendung von Einnahmen *City Tax*, einer 2015 eingeführten, kontroversen Übernachtungssteuer für touristische Gäste in Berlin⁸, für die Freie Szene, um mehr finanzielle Mittel für freie, nicht institutionell geförderte Produktionsformen wie zum Beispiel individuelle Künstler*innenförderung zur Verfügung zu stellen.

Verkörpert wird die nicht-systematische oder demokratisch konstituierte Zusammenkunft der *Koalition* seit ihrer Gründung durch den *Sprecherkreis*, oder um die fast paritätische Besetzung des Kreises korrekt zu reflektieren, der *Sprecher*innenkreis*. Der *Sprecher*innenkreis* als tragendes und entscheidungsgebendes Organ der *Koalition* bringt unter anderem Geschäftsführer*innen und leitende Individuen von spartenspezifischen Verbänden und Zusammenschlüssen mit institutionell nicht verankerten Individuen und Einzelkünstler*innen als Sprecher*innen der *Koalition* zusammen, und zählte bis zu 15 Individuen. In seiner konstitutiven Heterogenität ist der *Sprecher*innenkreis* von gravierenden Ressourcen- und Machtgefällen gezeichnet, welche durch unterschiedliche organisationale, finanzielle, personelle sowie zeitbedingte Ausstattungen und unterschiedlich große Mitgliedschaften der teilhabenden Verbände und Individuen bedingt sind. Zudem arbeiten alle Sprecher*innen, die jeweils als Expert*innen in ihrem künstlerischen Feld wahrgenommen und etabliert sind, ehrenamtlich in der *Koalition*. Schließlich kommen divergierende kulturpolitische Erfahrungshorizonte der Einzelakteur*innen aus Vergangenheit und Gegenwart in der *Koalition* zusammen, sowohl mit

⁶ Als weiterer spartenübergreifender Verbund kultureller und künstlerischer Interessen sei der *Rat für die Künste* genannt, welcher jedoch nicht ausschließlich Produktions- und Präsentationsformen der Freien Szene vertritt.

⁷ Koalition der Freien Szene (2016), „Zehn Punkte für eine neue Förderpolitik mit Bedarfswahlen“ <http://www.berlinvisit.org/10-punkten-fuer-eine-neue-foerderpolitik/>

⁸ Landau, F. (2016), „Articulations in Berlin's independent art scene: on new collective actors in the art field“, In: *International Journal of Sociology and Social Policy*, Volume 36 Issue 9/10. SS. 596 – 612.

den jeweiligen künstlerischen Szenen als auch mit der Kulturverwaltung und Kulturpolitiker*innen. Diese unterschiedlichen Erfahrungen schlagen sich in verschiedenen politischen und ideologischen Rhetoriken und Kommunikationsstrategien nieder und vereinen die *Koalition* als sehr diverse und teilweise stark konfliktbehaftete Gruppe.

Die Organisationsstruktur der *Koalition* wird vervollständigt durch das *Plenum*, welches etwa vierteljährlich stattfindet und einen öffentlichen Gesprächs-, Diskussions- und Informationsraum zu den vergangenen und geplanten Aktivitäten der Gruppe bieten soll. Da Kommunikations- und Entscheidungsgefüge zwischen *Plenum* und *Sprecher*innenkreis* jedoch ebenfalls nicht erkenntlich formalisiert sind, nimmt der *Sprecher*innenkreis* im Vergleich zum *Plenum* eine stark gestalterische und (vor)strukturierende Rolle ein; das *Plenum* kann eher als informell kommentierend, ergänzend, modifizierend, bestätigend oder kritisierend charakterisiert werden. Aus Gesprächen mit der Kulturverwaltung, die quasi-repräsentativ vom *Sprecher*innenkreis* wahrgenommen werden, werden Teile dieser Gesprächssituationen in Plenumsitzungen wiedergegeben bzw. bewertet, so dass eine mittelbare Transparenz besteht. Insgesamt aggregiert und kanalisiert die *Koalition* mit hohem individuellen Zeit- und Energieaufwand der ehrenamtlich Beteiligten interne Differenzen und unterschiedliche partikulare Positionen und versucht, generell vertretbare kulturpolitische Forderungen und Positionen zu artikulieren. Diese bereits intern besprochenen Forderungen können anschließend mit kulturpolitischen Stakeholder*innen aus Parlament oder Verwaltung diskutiert werden. Somit bildet die selbstorganisierte und –organisierende Struktur bzw. die organisationale und kommunikative Heterogenität der *Koalition* eine herausstechende Form sowohl der Politisierung als auch der Kollektivierung innerhalb des Berliner Kulturpolitikkomplexes. Mit ihren Zielen, über spartenspezifische Interessensvertretungen hinauszugehen und zu versuchen, einen umfassenden Verständnis- und Wahrnehmungswandel für die Produktions-, Arbeits- und Lebensrealitäten freischaffender Berliner Künstler*innen einzuleiten, hat die *Koalition* die bestehende Akteur*innen- und Bedeutungslandschaft der Berliner Kulturpolitik aus eigenem Antrieb in Bewegung gebracht.

Gerade im Hinblick auf das Gesamtgefüge der Berliner Kulturpolitik wirft die *Koalition* als sich selbst instituierende Akteur*in trotz oder gerade *wegen* ihres internen Demokratie- und Transparenzdefizit und den sich daraus ergebenden Herausforderungen partizipations-, organisations- und demokratietheoretische Fragen der politischen Artikulation, Mobilisation, Organisation, Repräsentation und Legitimation auf. Diese Fragen werde ich ausblickend noch einmal ausfalten. Zunächst sollen einige diskursive und materielle Veränderungen, die im Zuge der Aktivitäten der *Koalition* erreicht und umgesetzt wurden, nachgezeichnet werden – ohne jedoch einseitig kausale Behauptungen über die Verursachung dieser Veränderungen durch die *Koalition* zu machen.

ERREICHTES: (IM)MATERIELLE TRANSFORMATIONEN.

Im Rahmen ihres fünfjährigen Bestehens hat die *Koalition* durch ihre Selbsteinschreibung in die strukturellen Weichen des Berliner Kulturpolitikkomplexes jenes Gefüge nachhaltig herausgefordert und verändert. Die *Koalition* hat verschiedene materielle und immaterielle kulturpolitische Transformationen (mit)gestaltet: Beispielsweise die Einführung eines *Eigenmittel-* bzw. *Ko-Finanzierungsfonds* sowie einen *Wiederaufnahmefonds* im Kulturhaushalt 2014/15 sowie die gemeinschaftliche, wenn auch nicht öffentliche oder basisdemokratisch organisierte Vergabepaxis der *City Tax*-Mittel aus dem Jahre 2014, die in die Ausgabe von *Arbeits-*

und *Recherchestipendien* im Jahre 2015 mündete.⁹ Diskursverändernde Einschnitte ereigneten sich hinsichtlich der Wahrnehmung über die Arbeits- und Lebensrealität der freischaffenden Kulturproduzent*innen der Stadt wie beispielsweise der definitorische Entwurf der 'Freien Szene', der heute verbreitet und vielseitig verwendet wird. Etabliert als

Gesamtheit aller in Berlin frei produzierenden Künstler, Ensembles, Einrichtungen und Strukturen in freier Trägerschaft aus den Bereichen Architektur, Bildende Kunst, Tanz, Schauspiel, Performance, Neue Medien, Musik von Barock, Elektro, Jazz, Klassik bis zur Neuen Musik, Musiktheater, Kinder- und Jugendtheater, Literatur sowie alle spartenübergreifenden und transdisziplinären Arbeiten¹⁰

ist 'die' Freie Szene (zumindest gegenwärtig) mit der konkreten Entität der *Koalition der Freien Szene* verknüpft und stellt in dieser quasi-repräsentativen Funktion eine ansprechbare Organisation der freien Kulturszene für andere kulturelle Stakeholder*innen dar. Im Hinblick auf die nicht-formalisierte Organisationsform der *Koalition* ergeben sich vielschichtige (Selbst)Legitimations- und Handlungspraktiken, beispielsweise die Selbstmandatierung der *Koalition* 'qua Akklamation' oder der universelle Vertretungsanspruch für die geschätzten 40.000 bis 50.000 freischaffenden Künstler*innen der Stadt. Die Referenz zu dieser unbestimmten künstlerische Masse wird von der *Koalition* strategisch (de)konstruiert wird, beispielsweise durch temporäre Zurückweisung, dass die *Koalition* für alle Künstler*innen sprechen 'könnte'. Zudem zitiert die *Koalition* demokratische Prinzipien durch die Verweise auf die jeweiligen (basis)demokratischen oder kommunikativen Legitimationsgrundlagen der partizipierenden Spartenverbände, die die *Koalition* somit indirekt oder in zweiter Instanz legitimieren könnten oder sollten. Andererseits erhält die *Koalition* Zuschreibungen verschiedenster Couleur von anderen kulturellen Akteur*innen und Organisationen der Freien Szene sowie 'Institutionen', d.h. institutionell geförderten Häusern und Kultureinrichtungen sowie von Vertreter*innen der Kulturverwaltung und -politik. Interessanterweise demonstrierte die Selbsternennung des ehemaligen Staatssekretärs Tim Renner als 'Anwalt der Freien Szene' eine generelle politische Nähe und Sympathie für die Anliegen der Freien Szene, die im Dialog mit der quasi-organisierten Form der *Koalition* gebündelt wurden – schließlich fanden viele der Gespräche und 'Verhandlungen' im Hinblick auf Titel des Kulturhaushalts 2016/17 explizit mit der *Koalition der Freien Szene* statt.

Zu beachten bei diesen fragilen Gebilden von Legitimationskonstruktionen und -zuschreibungen ist jedoch, dass sämtliche (Selbst)Setzungen der *Koalition der Freien Szene* als 'Sprecher*in' oder 'Repräsentation' der Freien Szene temporär, prekär und somit beidseitig jederzeit widerrufbar sind. Diese systematische Instabilität der Position der *Koalition* stellt nicht nur für die Gruppe selbst, sondern vor allem auch für die demokratisch legitimierteren Akteur*innen wie Kulturverwaltung und -politiker*innen eine Herausforderung hinsichtlich der Öffnung und Reflexivierung ihrer Institutionen und Verfahrensweisen dar. Andererseits erhalten Verwaltung und Akteur*innen der Legislative jedoch auch eine klare Ansprechposition, welche interne Konflikte bereits gefiltert bzw. aufbereitet hat. Somit erweist sich die strukturelle Uneindeutigkeit

⁹ Mehr Informationen zu diesem kollaborativen Vergabeprozess in Landau, F. (2017), "Diversifying the stage of policy-making A new policy network in Berlin's cultural field", in: *Art and the City: Worlding the Discussion through a Critical Artscape*, Ren. J & J. Luger (2017) SS. 72-86.

¹⁰ Kucher, K. (2013), "Öffentliche Kulturförderung der Freien Szene Berlin, Eine Politikfeldanalyse", unveröffentlichte Masterarbeit, SS. 1-74.

der *Koalition* in der Praxis zwar sowohl für die engagierten Akteur*innen als auch für die verschiedenlichen kulturpolitischen Gegenüber der interessierten Fachöffentlichkeit sowie Stakeholder*innen der Kulturverwaltung und der Kulturpolitik als ambivalent, dennoch ermöglicht sie auch neue Gemeinschaftsformen im Sinne kultureller Governance. Versteht man unter Governance eben nicht nur das Beziehungsgeflecht verschiedener staatlicher und nicht-staatlicher Akteur*innen im Hinblick auf Politikgestaltung und -umsetzung, sondern auch die relationale und gegenseitig identitätsstiftende Verschränkung der teilnehmenden Governance-Stakeholder*innen, wird deutlich, dass die informellen und sich formalisierenden Kollaborationszusammenhänge zwischen Freier Szene und kulturpolitischen Stakeholder*innen neue Formen der Kulturpolitik im weiteren Sinne geschaffen haben und weiterhin schaffen könnten. Fraglich ist, und das soll ausblickend kurz beleuchtet werden, für was, für wen und für wie lange diese Art der Kollaboration aufrechterhalten werden 'kann' oder 'soll' ('können' → operational umsetzbar; 'sollen' → normativ denkbar).

AUSBLICK: NEUORDNUNG DER KULTURPOLITIK HIN ZU EINER (KOLLABORATIVEN) KULTURELLEN GOVERNANCE

Ausblickend möchte ich einige Fragestellungen aufwerfen, die die impulsgebende Ambivalenz der *Koalition* implizit an den gesamten Berliner Kulturpolitikkontext richtet. Diese Fragen sollen Grenzen bzw. Grenzenlosigkeit tatsächlicher Möglichkeiten aufzeigen und weitere Entwicklungsmöglichkeiten der Berliner Kulturpolitik stimulieren:

- **FORMEN:** Welche Auswirkungen Formen haben die nicht-repräsentativen politischen (Selbst)Organisations- und Verfahrensformen der *Koalition* (z.B. Wahlen, einheitlich formalisierte Delegation oder Abstimmung etc.) auf Erwartungen oder Modelle von politischer Repräsentation und Legitimation von anderen kulturpolitischen Stakeholder*innen wie Verwaltung oder Politik?
- **KÖNNEN VS. SOLLEN:** Wie reagieren die kulturpolitischen Stakeholder*innen der Kulturverwaltung oder Kulturpolitiker*innen auf die neue politische Form der *Koalition* bzw. die Herausforderung der bestehenden Strukturen und Verfahrensweisen, die damit verbunden ist? Warum und in welchem Ausmaß *könnte* bzw. *sollte* das Handeln der *Koalition* Einfluss auf eine Neuausrichtung der Berliner Kulturpolitik im Hinblick auf Dialog- oder Stakeholder*innenprozesse mit der Kulturverwaltung und Kulturpolitik ideengebend und/ oder handlungsanleitend sein? Welche finanziellen, bürokratischen, legalen, personellen und ideologischen Grenzen gibt es im Rahmen dieser Neugestaltung?
- **KOALITION VS. ANDERE:** Wie verschieben selbstorganisierte politische Akteur*innen wie die *Koalition* die bestehende Landschaft künstlerischer Interessensvertretung und wie verändert das Auftreten einer neuen spartenübergreifender Organisation die Macht- und Kommunikationsgefüge zwischen künstlerischen Szenen und Kulturverwaltung bzw. kulturpolitischen Akteur*innen? Wo bietet die *Koalition* eine einzigartige Sprach- oder Repräsentationsposition, die auch für Kulturverwaltung und Kulturpolitik erkenntnisbringend ist (und wo nicht)?
- **KOALITION ALS EXPERIMENT:** Was können erprobende Kollaborationsformen zwischen 'Freier Szene' (fragmentarisch und platzhalterisch durch die *Koalition* dargestellt) und der Kulturverwaltung wie die Vergabe der *Arbeits- und*

Recherchestipendien im Jahre 2015 über zukunftsweisende Formen und Verfahren einer kollaborativen Praxis von kultureller Governance aussagen?

Offen bleibt im fünfjährigen Bestehen der *Koalition* einerseits die Frage der Institutionalisierung der Gruppe selbst: Steht das Selbstverständnis der offenen Aktionsplattform der *Koalition* unversöhnlich einer formalisierte(re)n Organisationsform gegenüber, die eine deutlichere Zuordnung von Mandaten, Aufgaben, Rollen und Verantwortlichkeiten erzeugen würde? Oder verkürzt die Dichotomie zwischen Aktion und Organisation die zukünftigen Handlungsformen der *Koalition*? Worin lägen (für wen) Möglichkeiten und Potenziale einer Institutionalisierung der *Koalition* und mit welchen Abhängigkeiten, Gefahren und Chancen ist diese Institutionalisierung verbunden? Das Spannungsverhältnis zwischen Identitätsverlust zu den Chancen, die eine stärkere Verfasstheit der *Koalition*, die mit einem sich erweiternden Handlungs- und Finanzspielraum einhergehen könnte, bleibt *Koalitions*-intern bestehen. Andererseits mobilisiert die Frage nach der Institutionalisierung oder Verstetigung des Austauschs mit der Kulturverwaltung ein ähnliches Dilemma: Zwar könnte eine formalisierte Plattform für die Aushandlung von Konflikten über unterschiedliche Kunst-, Partizipations- und vielleicht sogar Demokratieverständnisse zwischen Freier Szene und Kulturverwaltung eben diese Konflikte auffangen und trotz tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten politische Lösungen hervorbringen. Gleichzeitig bleiben die Auswirkungen einer Verfestigung des Austausches zwischen 'der' Freien Szene und kulturpolitischen Stakeholder*innen der Verwaltung und Politik jedoch unkalkulierbar, weil unklar bleibt, wie eine institutionalisierte Form der Zusammenarbeit im Sinne kultureller Governance von den jeweiligen Stakeholder*innen genutzt werden würde. Bleiben wir gespannt und offen für das Unkalkulierbare, das jeder Art der Kollaboration inhärent ist, um zu sehen, welche Art von Aufbruch das neue *Elf-Punkte-Programm* anstoßen wird.